

GASTKOMMENTAR zur Schweizer Diplomatie in der Ukraine-Krise

# Neue Aufgaben für die OSZE

Die Ukraine-Krise steht immer noch im Fokus der Schweizer Aussenpolitik, auch wenn die Schweiz den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Ende 2014 an Serbien übergeben hat. Die OSZE ist die einzige internationale Organisation, die in der Ukraine präsent ist. Sichtbarstes Zeichen ihres Engagements ist die zivile Beobachtermission.

Es ist die grösste Feldmission in der Geschichte der OSZE, mit aktuell 690 Mitarbeitenden und einem Jahresbudget von 88,7 Millionen Euro. Unter den rund 400 internationalen Beobachtern sind auch 12 Schweizer, darunter der Vize-Missionschef Alexander Hug. Demnächst will die Schweiz zudem ihre neue Kooperationsstrategie mit der Ukraine vorstellen. Für die Periode 2015 bis 2018 ist mit 100 Millionen Franken doppelt so viel budgetiert wie für den letzten Zeitraum 2011 bis 2014. Geplant sind bilaterale Projekte zur Förderung des Dialogs, der Menschenrechte und des Völkerrechts, aber auch der Dezentralisierung.

Kurzum: Die Ukraine ist neben dem West-Balkan neu der wichtigste Fokus der Schweizer Friedensförderung. Das Engagement der Schweiz im Ukraine-Konflikt ist die logische Fortsetzung ihrer

## «Die Ukraine ist neu der wichtigste Fokus der Schweizer Friedensförderung.»

letzjtjährigen OSZE-Präsidentschaft. Auch 2015 arbeitet die Schweiz im Rahmen der OSZE-Troika mit Serbien und Deutschland (dem amtierenden beziehungsweise nächstjährigen Vorsitzland) eng zusammen. Botschafterin Heidi Tagliavini verhandelt nach wie vor mit Moskau, Kiew und den Separatisten.

Die OSZE-Mission wird zwar häufig dafür kritisiert, dass sie die russische Militärpräsenz in der Ostukraine nicht bestätigen kann und dass ihr die Durchsetzung des Waffenstillstandsabkommens und die Sicherung der russisch-ukrainischen



Christian Nünlist

Der Autor ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Grenze nicht besser gelingt. Doch diese Kritik verkennt die extrem schwierigen Bedingungen, unter denen die OSZE-Beobachter mitten in einem heftigen Bürgerkrieg operieren - und wie stark sich die Mission in den vergangenen zwölf Monaten gewandelt hat.

Ursprünglich setzten die 57 OSZE-Teilnehmerstaaten am 21. März 2014 kurz nach der russischen Annexion der Krim auf eine zivile Beobachtungsmision. Doch nur einen Monat später musste die Mission bereits neue Aufgaben übernehmen, nämlich die Umsetzung des Genfer Abkommens vom April 2014. Gleichzeitig brach im Osten ein brutaler Krieg zwischen Regierungstruppen und pro-russischen Separatisten aus, mit über 6000 Toten allein in der Ostukraine. Die internationalen Beobachter befanden sich in der Schusslinie inmitten einer sich täglich ändernden Frontlinie. Die OSZE beschloss daher, sie nur noch in Gebiete zu schicken, die von Kiew kontrolliert wurden. Die «Augen und Ohren der internationalen Gemeinschaft» waren deshalb im August 2014 weitgehend blind und taub, als Moskau sich mit bis zu 10 000 russischen Soldaten in der Ostukraine direkt in den Krieg einschaltete, auch wenn Präsident Wladimir Putin die direkte

Kriegsbeteiligung bis heute abstreitet. Inzwischen ist die OSZE aber im Osten wieder präsent und dient dort als eine Art «Stolperdraht», um eine offene russische Militärintervention abzusprechen.

Trotz nach wie vor heikler Sicherheitslage und täglichen Problemen an Checkpoints sind aktuell über 200 der rund 400 Beobachter in den Regionen Donezk und Lugansk tätig. Seit den Minsker Abkommen vom September 2014 und Februar 2015 soll die OSZE primär den brüchigen Waffenstillstand überprüfen - eigentlich eine Aufgabe für militärische Friedenserhaltung, welche die ursprünglich zivile Mission überfordert. Die OSZE hat aber reagiert und rekrutiert seither vor allem Beobachter mit militärischem Hintergrund. Seit Februar 2015 überwacht sie auch den Rückzug schwerer Waffen von der Frontlinie hinter gegenseitig vereinbarte Rückzugslinien. Sie koordiniert ferner lokale Waffenruhen und erstellt humanitäre Korridore, um Menschen aus eingekesselten Gebieten zu evakuieren.

Aus Schweizer Sicht kann nicht oft genug betont werden, dass das Zustandekommen der OSZE-

## «Die OSZE-Mission stabilisiert die Lage in der Ostukraine.»

Mission in der Ukraine am 21. März 2014 nur dank persönlicher Vermittlung von Aussenminister Didier Burkhalter zustande gekommen ist. Für das grüne Licht brauchte es die Zustimmung aller 57 OSZE-Teilnehmerstaaten, also auch Russlands. Burkhalter überzeugte Putin von der Feldmission - und der Kreml-Chef sagte trotz grundsätzlicher Vorbehalte gegenüber der OSZE schliesslich zu. Es war die erste Entsendung einer OSZE-Mission seit über zehn Jahren.

Trotz stark veränderter Aufgaben und enorm schwieriger Herausforderungen leistet die OSZE-Mission bei der Umsetzung der Minsker Waffenstillstandsabkommen die Hauptrolle und stabilisiert so die Lage in der Ostukraine. Die Schweiz spielt dabei eine wichtige Rolle - auch nach Abschluss ihrer OSZE-Präsidentschaft.

## KOMMENTAR

### Nackt im Meer baden ist verboten

**B**ravo. Das haben Sie gut gemacht, liebe Nationalrätinnen und Nationalräte aus FDP, Lega und CVP. Sie haben dem Solothurner SVP-Rechtsausleger Walter Wobmann zu einem schönen Etappensieg verholfen. Ein Zeichen abendländischer Stärke, meinen Sie vielleicht. Ein helvetischer Schuss vor den Bug des islamischen Staats und potenzieller eidgenössischer Dschihad-Rückkehrer. Oder was auch immer. Die



von Stefan Schmid

### Die staatspolitische Kommission des Nationalrats fordert mit 11:10 Stimmen ein Burkaverbot.

Schweiz soll nach den Minaretten auch die Burka und andere nicht religiös motivierte Gesichtshüllungen verbieten. Diese gehören einfach nicht hierhin.

Doch lassen wir die Ironie beiseite. Ein solches Verbot ist realpolitisch ein Witz und aus liberaler Sicht absurd. In der Schweiz gibt es faktisch kaum Burka-Trägerinnen. Die Kommission hätte geradeso gut das Nacktbaden im Meer verbieten können. Die einzige, statistisch signifikante Ausnahme sind saudische Touristinnen, die sich in Genfs oder Luzerns Boutiquen zum Vorteil des heimischen Gewerbes verlustieren. Wollen wir diese harmlosen, steinreichen Gestalten wirklich vergraulen?

Auch ein Verhüllungsverbot für Fussballfans oder Demonstranten - das wäre Teil des neuen Gesetzes - gehört nicht auf Bundesebene geregelt. Erstens sind dafür primär die Kantone zuständig. Und zweitens lässt sich ein solches Verbot kaum durchsetzen. Die Polizei hat schon heute alle Hände voll zu tun, wenn es darum geht, gewaltbereite Fangruppen auseinanderzuhalten. Unsere Politiker sollten Gesetze machen, die sinnvoll und praktikabel sind. Das nationale Burkaverbot gehört definitiv nicht dazu.

@ stefan.schmid@azmedien.ch

ANALYSE der Arbeitsbedingungen in der Schweiz - der Tag der Arbeit zwischen Folklore und Bedeutungslosigkeit

# Nicht der soziale Aufstieg ist das Thema, sondern der Abstieg

Der Tag der Arbeit, der 1. Mai, ist nicht mehr, was er einmal war. Zwar fokussiert er noch immer auf die Situation der Schweizer Arbeitnehmenden. Doch in Zeiten von Internet und sozialen Netzwerken wirkt er aus der Zeit gefallen. Das liegt nicht zuletzt an Rhetorik und Symbolik.

Das Zürcher 1.-Mai-Komitee beispielsweise, ein Sammelsurium von Parteien, Gewerkschaften und internationalistischen Freiheitsbewegungen, führt eine wütend gegen den Himmel gerichtete Faust im Logo. Es erinnert an Klassenkampf und Kommunismus. Dazu 2012 der Spruch: «Für unsere Rechte eine gerade Linke!» In einer Woche heisst es auf dem Zürcher Kanzleiareal: «No paseran!», in den 1930ern der Schlachtruf der Republikaner im Kampfe gegen den spanischen Diktator Franco. Und der Gewerkschaftsbund spricht davon, dass «der Kampf» weitergehen muss, und fordert «soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung». All diese Rhetorik verfehlt ihre Wirkung auf die Arbeitnehmenden nicht: Der eine wendet sich angewidert ab, der andere fühlt sich nicht angesprochen. Es bleibt der Eindruck eines sinnentleerten 1. Mai mit einer folkloristischen Hülle.

Als dieser vor 125 Jahren erfunden worden war, da kämpfte in der Schweiz ein Heer von Arbeitern um bessere Lebensbedingungen. Der Typ

Büezer von damals stellt in der heutigen Wirtschaft nur noch eine Minderheit. Das Gros der Arbeitnehmenden - rund drei Viertel - ist im Dienstleistungssektor tätig. Was am 1. Mai auf Zürchs Strassen und Plätzen vor sich geht, passt in Art und Weise nicht zu ihrem Lebensstil und schliesst sie aus. Die 1.-Mai-Bewegung degradiert sich so selbst zu einer Randerscheinung.

## Eine «Gesellschaft mit beschränkter Haftung»

Das ist schade. Denn es lohnt sich, die Arbeitsbedingungen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Dies auch - oder gerade dann - wenn die Schweiz, wie gestern geschehen, als das «glücklichste Land der Welt» ausgemacht wird. Denn die einst hart erkämpften und heute als selbstverständlich geltenden Errungenschaften wie Achtstundentage, Fünftagewoche oder Arbeitslosenversicherung sind unter Druck. Arbeitssoziologen sprechen mit Blick darauf von einer «Gesellschaft mit beschränkter Haftung» oder von der «neuen sozialen Frage». Schliesslich geht es im Jahr 2015 nicht mehr primär um den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse, im Zentrum steht vielmehr die Angst der arbeitenden Bevölkerung vor dem sozialen Abstieg.

Aktuelle Beispiele zeichnen ein Bild dieser Entwicklung:

■ **Arbeitszeit:** Mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses haben Schweizer Firmen wie Von Roll,



## Jürg Krebs «Der Mensch wird nach den Algorithmen der Computer getaktet. Das kann nicht ohne Folgen bleiben.»

Aeschlimann, Eternit und andere mehr die Wochenstundenzahl erhöht, und dies ohne Lohnausgleich.

■ **Frauenlöhne:** Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer, bei gleicher Arbeit. Zuletzt über 18% weniger - ein Wert, der gestiegen ist.

■ **Lohndruck:** Firmen wie SR Technics lagern anhaltend Geschäftsbereiche ins Ausland aus. Das erhöht den Druck auf die Löhne in der Schweiz. Ausländische Unternehmen wie die in Verruf geratene Gipserfirma Goger schicken Arbeiter zu Billigstlöhnen ins Land.

■ **Soziale Sicherheit:** Das soziale Aufwandsnetz verliert an Akzeptanz. Besonders die Sozialhilfe, welche die Existenz von Menschen sichert, die zum Beispiel zu wenig zum Leben verdienen. Sozialhilfebezügler werden pauschal als Betrüger beschimpft. Wie lange geht es noch, bis Arbeitslose wieder als faul verschrien sind?

Selbst alternative Life-style-Möglichkeiten bergen Gefahren:

■ **Beruf/Freizeit:** Die Vermischung von Beruf und Freizeit mag verlockend klingen, persönliche Flexibilität ermöglichen und Freiheit versprechen, jedoch nimmt damit nachweislich die Arbeitszeit zu. Die damit normalerweise einhergehende ständige Verfügbarkeit (über technische Geräte wie Smartphones) schränkt die Handlungsfreiheit ein.

■ **Heimarbeit:** Dasselbe gilt für die Arbeit zu Hause - der Flexibilität

steht die Gefahr der Vereinsamung gegenüber. Der Mensch ist ein soziales Wesen, auch bei der Arbeit.

Schliesslich verändert die Digitalisierung die Arbeitsbedingungen fundamental. Eine Revolution wie sie die Dampfmaschine einst auslöste. Sie ermöglicht weitere Effizienzgewinne, wo die Mechanisierung an ihre Grenzen gestossen ist. Der Mensch wird nach den Algorithmen der Computer getaktet. Smartphones verändern unser Verhalten, unsere Interaktionsmöglichkeiten. Tempo und Termindruck steigen und damit die Anfälligkeit für Stresskrankheiten. Dann ist abzusehen, dass ganze Berufszweige automatisiert werden, wovon jener der Kassierinnen nur einer ist. Wohin mit den Menschen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden? Und wer sorgt für sie? Diese Entwicklungen haben eben erst begonnen, ihre Dimension und ihr Einfluss auf unser Leben sind noch gar nicht richtig abschätzbar.

Angesichts all dieser Veränderungen ist es gut, wenn am kommenden 1. Mai über Arbeitsbedingungen nachgedacht wird. Besser ist es aber, wenn dies an einem Anlass geschieht, der mehr Menschen erreicht. Denn eines hat sich in den letzten 125 Jahren nicht verändert. Hinter Forderungen müssen möglichst viele Menschen stehen, damit sich etwas bessert.

@ juerg.krebs@azmedien.ch